


Niederschrift der weiterführende Sitzung des Stadtrates am 13.02.2014

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	22:10 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
stellv. Stadtratsvorsitzender:	Herr Vothknecht
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
.	Fortsetzungstag Donnerstag	
.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
.	Änderungen zur Tagesordnung	
9.	Entscheidungsvorlagen	
9.3.	Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Mehr Spielraum in der Krämpfervorstadt"- Entscheidung über die Zulässigkeit nach § 16 Abs. 3 ThürKO Einr.: Oberbürgermeister	2343/13
9.4.	Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Mehr Spielraum in der Krämpfervorstadt" Einr.: Oberbürgermeister	2345/13

9.5.	Fortschreibung des Schulnetzes der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 Einr.: Oberbürgermeister	2183/13
9.5.1.	Antrag der SPD-Fraktion zur DS 2183/13 - Fortschreibung des Schulnetzes der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19	0234/14
9.5.2.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 2183/13 - Fortschreibung des Schulnetzes der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19	0307/14
9.5.3.	Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 22.01.2014 - TOP 5.5. Fortschreibung des Schulnetzes der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (DS 2183/13)	0211/14
9.6.	Wahl der Ehrenamtlichen Beigeordneten für Familie Einr.: Fraktion CDU	0245/14
9.7.	Bebauungsplan ALT614 "Am Hügel" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	1511/12
9.7.1.	Antrag der Verwaltung zur DS 1511/12 - Bebauungsplan ALT614 "Am Hügel" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung	0110/14
9.7.2.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 1511/12 - Bebauungsplan ALT614 "Am Hügel" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung	0237/14
9.8.	Platznutzungskonzept Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0484/13
9.8.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 0484/13 - Platznutzungskonzept	0223/14
9.8.2.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0484/13 - Platznutzungskonzept	0235/14
9.8.3.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0484/13 - Platznutzungskonzept	0301/14

9.9.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT588 "Schottenhöfe - Wohnen an der Krämerbrücke" - Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0758/13
9.9.1.	Änderungsantrag der Verwaltung zur DS 0758/13 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT588 "Schottenhöfe - Wohnen an der Krämerbrücke" - Satzungsbeschluss	0013/14
9.10.	Bebauungsplan ALT624 "Neuerbe / Meyfahrtstraße" - Beschluss über die Billigung und öffentliche Auslegung des Entwurfes Einr.: Oberbürgermeister	1180/13
9.11.	Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1399/13
9.11.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1399/13 - Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung	0231/14
9.11.2.	Antrag der Verwaltung zur DS 1399/13 - Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung	0308/14
9.12.	Erneute Beratung der Benutzungs- und Entgeltordnung zur kurzzeitigen Überlassung von Räumen und Flächen der Landeshauptstadt Erfurt (DS 0041/13) Einr.: Fraktion CDU	1466/13
9.12.1.	Antrag der Fraktion CDU zur DS 1466/13 - Erneute Beratung der Benutzungs- und Entgeltordnung zur kurzzeitigen Überlassung von Räumen und Flächen der Landeshauptstadt Erfurt (DS 0041/13)	1626/13
9.13.	Standortprüfung für die Errichtung eines Reisemobilhafens in Erfurt Einr.: Fraktion CDU	1781/13
9.14.	Flächenentsiegelung im Stadtgebiet Einr.: Fraktion SPD	1782/13
9.14.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1782/13 - Flächenentsiegelung im Stadtgebiet	2309/13

9.15.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV574 "An der Martinikirche" - Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	1791/13
9.15.1.	Antrag der Verwaltung zur DS 1791/13 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV574 "An der Martinikirche"	0122/14
9.15.2.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 1791/13 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV574 "An der Martinikirche" - Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung	0236/14
9.15.3.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 1791/13 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV574 "An der Martinikirche" - Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung	0302/14
9.16.	Nahverkehrsplan 2014 - 2018 der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	2025/13
9.17.	Entscheidung zu einem Antrag auf Einleitung eines Bauleitplanverfahrens für die Errichtung von 13 Einfamilienhäuser in Erfurt-Dittelstedt Einr.: Oberbürgermeister	2125/13
9.17.1.	Antrag der CDU-Fraktion zur DS 2125/13 - Entscheidung zu einem Antrag auf Einleitung eines Bauleitplanverfahrens für die Errichtung von 13 Einfamilienhäusern in Erfurt-Dittelstedt	0221/14
9.18.	Schenkungsvertrag Renau-Mosaik Einr.: Fraktion DIE LINKE.	2143/13
9.18.1.	Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 2143/13 - Schenkungsvertrag Renau Mosaik	2418/13
9.19.	Freier Eintritt für Gästeführer Einr.: Fraktion Freie Wähler, Fraktion CDU	2188/13

9.20.	Bebauungsplan JOV585 "Wohnen auf dem Johannesfeld - Teilbereich A" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	2291/13
9.21.	VS020 - Satzungsbeschluss über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes MAR071 "Gebiet zwischen Schwarzburger Straße / B4 und geplanter Straßenanbindung B4 (Gefahrenschutzzentrum)"	2322/13
9.22.	Lärmaktionsplan Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2356/13
9.22.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 2356/13 - Lärmaktionsplan	0304/14
9.23.	Kündigung des "Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich Stadt Erfurt" Einr.: Oberbürgermeister	2426/13
9.24.	Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung von Grundstücken Einr.: Oberbürgermeister	2454/13
9.25.	Sittenwidrige Löhne bekämpfen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0014/14
9.26.	Berufung des Wahlleiters und des stellvertretenden Wahlleiters der Landeshauptstadt Erfurt für die Kommunalwahl am 25. Mai 2014 Einr.: Oberbürgermeister	0035/14
9.27.	Mandatswechsel und Stellvertreterregelung in den Ausschüssen Einr.: Fraktion CDU	0058/14
9.27.1.	Antrag der Fraktion CDU zur DS 0058/14 - Mandatswechsel und Stellvertreterregelung in den Ausschüssen	0186/14

9.28.	Neuregelung Berechtigung zur Akteneinsicht für Stadtratsmitglieder gem. § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse (1449/09) Einr.: Fraktion CDU	0060/14
9.29.	IBA und BUGA Einr.: Fraktion SPD	0138/14
9.29.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0138/14 - IBA und BUGA	0241/14
9.30.	Weiterentwicklung Parkraumkonzept Einr.: Fraktion SPD	0140/14
9.31.	Parkraumbewirtschaftung durch Dritte Einr.: Fraktion SPD	0141/14
9.32.	Benennung von Straßen bzw. Plätzen Einr.: Fraktion DIE LINKE., Fraktion SPD, Fraktion CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Freie Wähler	0142/14
10.	Informationen	
10.1.	Stadionumbau aus Städtebaufördermitteln prüfen Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0232/14
10.2.	Besuch einer Multifunktionsarena Einr.: Fraktion SPD	0239/14
10.3.	Sonstige Informationen	

Fortsetzungstag Donnerstag

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister eröffnete die Fortsetzung der 51. öffentlichen Stadtratssitzung der Wahlperiode 2009 - 2014 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Er übergab sodann die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden, Herrn Vothknecht.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Zeitungsgruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der ZGT vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die ZGT für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit dem stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Er fragte daraufhin, ob ein Stadtratsmitglied der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Somit gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 24.11.2009 die Zustimmung erteilt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bzw. die Fraktion Freie Wähler für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienst-

stelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Es erging folgender Hinweis:

Der Stadtrat hat mit Beschluss zur Drucksache 1137/12 u. a. beschlossen, die Stadtratssitzungen und deren Live- Übertragungen durch den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern zu übersetzen. Der Hauptausschuss hat daraufhin beschlossen, die Stadtratssitzungen im Zuge der UN-Behindertenrechtskonvention mit Gebärdensprachdolmetschern zu übersetzen und via Live-Stream im Internet zu übertragen.

Daraufhin begrüßte der stellvertretende Stadtratsvorsitzende die Gebärdensprachdolmetscher und fuhr mit der Sitzungsleitung fort.

Herr Vothknecht gab bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt 38 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so der stellvertretende Stadtratsvorsitzende.

Letztlich verwies er auf die Pause, welche in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfinden soll.

Änderungen zur Tagesordnung

Die Änderungen zur Tagesordnung wurden bereits am Vortag bekannt gegeben.

Weitere Anträge gab es nicht.

Herr Gillmann, Stadtratsreferent wies auf Probleme mit der PC-Technik hin und erklärte, dass die Stadratsmitglieder online über die gestrige Sitzung auf die Vorlagen zugreifen können.

9. Entscheidungsvorlagen

- 9.3. Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Mehr Spielraum in der Krämpfervorstadt"- Entscheidung über die Zulässigkeit nach § 16 Abs. 3 ThürKO** **2343/13**
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss die Vorlage in seiner Sitzung am 11.02.2014 bestätigt hat (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Einwohnerantrag "Mehr Spielraum in der Krämpfervorstadt" ist zulässig.

9.4. Einwohnerantrag gem. § 16 ThürKO: "Mehr Spielraum in der Krämpfervorstadt" 2345/13
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Vertreter des Einwohnerantrages zur Stadtratssitzung eingeladen wurden und ihnen ein Rederecht von 10 min gewährt wird.

Die Vorlage wurde in der Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 16.01.2014 einstimmig bestätigt (Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Vorlage in seiner Sitzung am 21.01.2014 ebenfalls bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Die Vertreterin des Einwohnerantrages stellte sich zunächst vor und erläuterte die Intension des Antrages. Sie schilderte die Problematik vor Ort in der Krämpfervorstadt und warb um Unterstützung des Antrages. Abschließend regte sie an, dass die eventuell zur Verfügung stehenden Mittel für eigene neue Spielgeräte investiert werden und nicht für die Versetzung von Spielgeräten aus anderen Stadtteilen.

Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, bedankte sich bei der Vertreterin des Einwohnerantrages für die gute Vorstellung des Projektes im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt. Zudem nahm er Bezug auf den beschlossenen Haushaltsplan aus der Stadtratssitzung am Vortag und verwies auf die bereit gestellten Mittel in Höhe von 45.000 Euro für Spielplätze.

Herr Metz, Fraktion SPD, begrüßte den Einwohnerantrag ebenfalls und verwies auf die Attraktivität des Stadtteils Krämpfervorstadt. Zudem sprach er sich bei der Umsetzung und Verwendung der Mittel für einen neuen Spielplatz mit neuen Geräten aus. Die Möglichkeit Spielgeräte umzusetzen hielt er für abstrus, da die Spielplätze in allen Stadtteilen gebraucht werden. Dahingehend sei eine Spielplatzkonzeption bzw. die Fortschreibung derer dringend notwendig. Abschließend forderte er im Namen seiner Fraktion die Eltern in die Planung mit einzubeziehen in Zusammenarbeit von Bau- und Jugendamt.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, bedankte sich für die Einbringung des Einwohnerantrages. Laut seiner Fraktion sei schon längere Zeit ein Sanierungs- und Spielplatzprogramm gewünscht. Zudem sprach er sich ebenfalls gegen eine Umsetzung von Spielgeräten aus und verwies auf die bereit gestellten Mittel im Haushalt.

Herr Haase, Fraktion DIE LINKE., befürwortete den Einwohnerantrag, vor allem im Hinblick auf die positive Entwicklung des Stadtteils Krämpfervorstadt. Zudem begrüßte er die Initiative der Eltern.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, signalisierte im Namen seiner Fraktion die volle Zustimmung zum Einwohnerantrag. Aus seiner Sicht bestehe dringender Handlungsbedarf. Zudem stimmte er Herrn Metz im Hinblick auf den Bedarf einer Spielplatzkonzeption bzw. einer Fortschreibung dessen zu.

Abschließend betonte Herr Kallenbach, Fraktion CDU, im Hinblick auf den deutlichen Anstieg der Einwohner insbesondere junger Familien im Stadtteil Krämpfervorstadt die Notwendigkeit von mindestens zwei Spielplätzen vor Ort. Zudem wies er darauf hin, dass das Projekt nun in Gang gebracht wird aber dennoch nicht sofort gebaut werden kann.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Vorlage auf.

beschlossen Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Erfurter Stadtrat fordert den Oberbürgermeister auf, in der Krämpfervorstadt, westlich der Bahnschienen für mehr öffentliche Spielmöglichkeiten für Kinder zu sorgen.

9.5. Fortschreibung des Schulnetzes der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 2183/13
Einr.: Oberbürgermeister

Zu den Vorberatungen der Drucksache gab der Stadtratsvorsitzende Folgendes bekannt. In der Sitzung des Stadtrates am 18.12.2013 wurde die Vorlage in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Im Ausschuss für Bildung und Sport am 15.01.2014 wurde die Drucksache mit Änderungen (lt. Einzelabstimmung) bestätigt (Ja 3 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Jugendhilfeausschuss hat am 16.01.2014 sowie der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 22.01.2014 kein Votum zur Vorlage abgegeben.

Die Beantwortung der Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben vom 22.01.2014 lag mit Drucksache 0211/14 vor.

Zudem gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 0234/14 vorliegt. Dieser ändert die Beschlusspunkte 02, 03 und 04. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Weiterhin liegt ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0307/14 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Außerdem lag folgender Antrag der Fraktionen Freie Wähler und CDU als Tischvorlage vor:

Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler und Fraktion CDU zur DS 030/14 Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 2183/13 – Fortschreibung des Schulnetzes der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19

Beschlussvorschlag:

- Maßnahmekomplex 3

Der Beschlusspunkt 3.3.1 wird wie folgt geändert.

Das Förderzentrum Mitte bleibt in seiner jetzigen Struktur und bei Beibehaltung des Schulprofils als Dienststelle am Schulstandort Karlstraße 10b erhalten und wird zukünftig unter dem Namen Kompetenz- und Beratungszentrum geführt.

Sachverhalt:

Begründung erfolgt mündlich.

gez. Prof. Dr. Aßmann

gez. Panse

An der Aussprache beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Frau Weiser, Fraktion SPD, erläuterte die inhaltlichen Schwerpunkte und wichtigsten Maßnahmekomplexe. Die Schulnetzplanung sei von großer Bedeutung, habe bereits einen langen Diskussionsablauf hinter sich und ist ein wichtiger aber auch weiterhin andauernder Prozess. Die hieraus entstandenen Überlegungen habe ihre Fraktion in dem vorliegenden Änderungsantrag aufgezeigt insbesondere die fortlaufende Berichterstattung sei in diesem langwierigen Prozess notwendig. Die Intension des Antrages ihrer Fraktion erläuterte sie detailliert. Insbesondere betonte sie die Tatsache, dass die Schulnetzplanung eine untrennbare Verbindung zum städtischen Haushalt habe. Abschließend signalisierte sie, dass ihre Fraktion den Maßnahmekomplexen in der Fassung des Ausschusses für Bildung und Sport sowie dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. als auch der Tischvorlage der Fraktionen Freie Wähler und CDU zustimmen werde.

- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, wies ebenfalls auf die zurückliegenden langen Diskussionen zur Thematik insbesondere mit den Eltern hin. Er zeigte sich erfreut über den Kompromiss mit der evangelischen Grund-/Regelschule. Seine Fraktion werde dem Antrag der Fraktion SPD sowie dem der Fraktion DIE LINKE. zustimmen. Abschließend erläuterte er die Intension des Antrages als Tischvorlage und bat um Zustimmung.
- Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., nahm ebenfalls nochmal Bezug zu der langen Entwicklung vom Entwurf den darauf folgenden langen Gesprächen in Zusammenarbeit mit dem Schulamt, dem Ministerium, den Lehrern sowie den Eltern. Zudem ging sie auf die Arbeit im Ausschuss für Bildung und Sport ein und richtete ihr Lob an alle Beteiligten für die Mitarbeit und an die Verwaltung für das nun vorliegende Ergebnis. Ihre Fraktion werde ebenfalls der Fassung des Ausschusses sowie den vorliegenden Anträgen der Fraktion SPD und der Tischvorlage der Fraktionen Freie Wähler und CDU zustimmen.
- Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler, begrüßte ebenfalls das nun vorliegende Ergebnis aus dem Ausschuss für Bildung und Sport. Zudem erläuterte sie die Intension des Antrages ihrer Fraktion mit der Fraktion CDU und bestätigte die Vermutung von Frau Weiser, diesen auf Grund des eingereichten Briefes der Eltern nochmals verdeutlichen zu wollen und um ihnen Sicherheit zu geben. Daher bat sie um Zustimmung bzw. um Aufnahme dessen in den Antrag der Fraktion DIE LINKE..
- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte das vorliegende aus Partizipation entstandene Ergebnis und sprach seinen Dank allen beteiligten Mitarbeitern und insbesondere an den Leiter des Amtes für Bildung aus. Er nahm Bezug zum Angebot eines Gebäudes an die evangelische Schulstiftung und fragte nach, bis wann die Überbrückung vorgesehen ist. Zudem ging er nochmals auf die Thematik der Förderzentren ein und begrüßte die Lösung auf Grund der geringer werdenden Schülerzahlen im Schulnetzplan, das Förderzentrum Mitte und Süd als Beratungszentrum zu führen. Seine Fraktion werde den Antrag der Fraktion SPD zustimmen und den der Fraktion DIE LINKE. ebenfalls. Zur Tischvorlage stellte er eine Verständnisfrage an die einreichenden Fraktionen.
- Herr Kemmerich, fraktionslos, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und begrüßte das nun vorliegende Ergebnis zur Schulnetzplanung insbesondere auf Grund der Schaffung eines weiteren gymnasialen Standortes.
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, sah ebenfalls die Schaffung eines neuen Gymnasiums als sehr positiv und begrüßte das Gesamtergebnis monatelanger Arbeit. Weiterhin nahm er Bezug zu den Änderungsanträgen. Die Übernahme des Antrages der Fraktionen Freie Wähler und CDU in den Antrag der Fraktion DIE LINKE. hielt er für schwierig, da seiner Meinung nach diese Umwandlung in Kompetenz- und Beratungszentren nicht in der Hand der Stadt liegt sondern Aufgabe und Verantwortung des Landes ist. Abschließend verwies er auf die Chancen all dieser Maßnahmen und signalisierte seine Zustimmung zu allen Anträgen und der Gesamtvorlage.
- Herr Panse stimmte den Aussagen seines Vorredners zu und erklärte mit dem eingereichten Antrag keine Struktur für jetzt und die Ewigkeit festzuschreiben, sondern die Möglichkeit der Umsetzung dessen bekräftigen zu wollen und den Eltern dahin-

gehend Sicherheit zu geben. Alles Weitere für die Zukunft müsse die Schulkonferenz klären.

- Frau Prof. Dr. Aßmann nahm nochmals Bezug zu den Aussagen von Herrn Dr. Beese und Herrn Kanngießer.
- Herr Kanngießer reagierte auf die Aussage und stimmte dieser zu.
- Herr Hartmann, Ortsteilbürgermeister Hochheim, begrüßte den Antrag der Fraktion SPD zur Berichterstattung des Amtes für Bildung, es sollte vielleicht nicht immer halbjährlich erfolgen aber sei von großer Bedeutung. Abschließend bat er um Zustimmung und wies die Fraktionen darauf hin, bei weiteren anstehenden Entscheidungen ein Votum dafür abzugeben, damit der Vorschlag für Hochheim gemäß dem Schulnetzplan realisiert werden kann.

Zu den Vorberatungen der Drucksache gab der Stadtratsvorsitzende Folgendes bekannt. In der Sitzung des Stadtrates am 18.12.2013 wurde die Vorlage in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Im Ausschuss für Bildung und Sport am 15.01.2014 wurde die Drucksache mit Änderungen (lt. Einzelabstimmung) bestätigt (Ja 3 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Jugendhilfeausschuss hat am 16.01.2014 sowie der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 22.01.2014 kein Votum zur Vorlage abgegeben.

Die Beantwortung der Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben vom 22.01.2014 lag mit Drucksache 0211/14 vor.

Zudem gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende bekannt, dass ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 0234/14 vorliegt. Dieser ändert die Beschlusspunkte 02, 03 und 04. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Weiterhin liegt ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0307/14 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Außerdem lag folgender Antrag der Fraktionen Freie Wähler und CDU als Tischvorlage vor:

Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler und Fraktion CDU zur DS 030/14 Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 2183/13 – Fortschreibung des Schulnetzes der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19

Beschlussvorschlag:

- Maßnahmekomplex 3

Der Beschlusspunkt 3.3.1 wird wie folgt geändert.

Das Förderzentrum Mitte bleibt in seiner jetzigen Struktur und bei Beibehaltung des Schulprofils als Dienststelle am Schulstandort Karlstraße 10b erhalten und wird zukünftig unter dem Namen Kompetenz- und Beratungszentrum geführt.

Sachverhalt:

Begründung erfolgt mündlich.

gez. Prof. Dr. Aßmann

gez. Panse

An der Aussprache beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Frau Weiser, Fraktion SPD, erläuterte die inhaltlichen Schwerpunkte und wichtigsten Maßnahmekomplexe. Die Schulnetzplanung sei von großer Bedeutung, habe bereits einen langen Diskussionsablauf hinter sich und ist ein wichtiger aber auch weiterhin andauernder Prozess. Die hieraus entstandenen Überlegungen habe ihre Fraktion in dem vorliegenden Änderungsantrag aufgezeigt insbesondere die fortlaufende Berichterstattung sei in diesem langwierigen Prozess notwendig. Die Intension des Antrages ihrer Fraktion erläuterte sie detailliert. Insbesondere betonte sie die Tatsache, dass die Schulnetzplanung eine untrennbare Verbindung zum städtischen Haushalt habe. Abschließend signalisierte sie, dass ihre Fraktion den Maßnahmekomplexen in der Fassung des Ausschusses für Bildung und Sport sowie dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. als auch der Tischvorlage der Fraktionen Freie Wähler und CDU zustimmen werde.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, wies ebenfalls auf die zurückliegenden langen Diskussionen zur Thematik insbesondere mit den Eltern hin. Er zeigte sich erfreut über den Kompromiss mit der evangelischen Grund-/Regelschule. Seine Fraktion werde dem Antrag der Fraktion SPD sowie dem der Fraktion DIE LINKE. zustimmen. Abschließend erläuterte er die Intension des Antrages als Tischvorlage und bat um Zustimmung.
- Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., nahm ebenfalls nochmal Bezug zu der langen Entwicklung vom Entwurf den darauf folgenden langen Gesprächen in Zusammenarbeit mit dem Schulamt, dem Ministerium, den Lehrern sowie den Eltern. Zudem ging sie auf die Arbeit im Ausschuss für Bildung und Sport ein und richtete ihr Lob an alle Beteiligten für die Mitarbeit und an die Verwaltung für das nun vorliegende Ergebnis. Ihre Fraktion werde ebenfalls der Fassung des Ausschusses sowie den vorliegenden Anträgen der Fraktion SPD und der Tischvorlage der Fraktionen Freie Wähler und CDU zustimmen.
- Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler, begrüßte ebenfalls das nun vorliegende Ergebnis aus dem Ausschuss für Bildung und Sport. Zudem erläuterte sie die Intension des Antrages ihrer Fraktion mit der Fraktion CDU und bestätigte die Vermutung von Frau Weiser, diesen auf Grund des eingereichten Briefes der Eltern nochmals verdeutlichen zu wollen und um ihnen Sicherheit zu geben.

Daher bat sie um Zustimmung bzw. um Aufnahme dessen in den Antrag der Fraktion DIE LINKE..

- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte das vorliegende aus Partizipation entstandene Ergebnis und sprach seinen Dank allen beteiligten Mitarbeitern und insbesondere an den Leiter des Amtes für Bildung aus. Er nahm Bezug zum Angebot eines Gebäudes an die evangelische Schulstiftung und fragte nach, bis wann die Überbrückung vorgesehen ist. Zudem ging er nochmals auf die Thematik der Förderzentren ein und begrüßte die Lösung auf Grund der geringer werdenden Schülerzahlen im Schulnetzplan, das Förderzentrum Mitte und Süd als Beratungszentrum zu führen. Seine Fraktion werde den Antrag der Fraktion SPD zustimmen und den der Fraktion DIE LINKE. ebenfalls. Zur Tischvorlage stellte er eine Verständnisfrage an die einreichenden Fraktionen.
- Herr Kemmerich, fraktionslos, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und begrüßte das nun vorliegende Ergebnis zur Schulnetzplanung insbesondere auf Grund der Schaffung eines weiteren gymnasialen Standortes.
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, sah ebenfalls die Schaffung eines neuen Gymnasiums als sehr positiv und begrüßte das Gesamtergebnis monatelanger Arbeit. Weiterhin nahm er Bezug zu den Änderungsanträgen. Die Übernahme des Antrages der Fraktionen Freie Wähler und CDU in den Antrag der Fraktion DIE LINKE. hielt er für schwierig, da seiner Meinung nach diese Umwandlung in Kompetenz- und Beratungszentren nicht in der Hand der Stadt liegt sondern Aufgabe und Verantwortung des Landes ist. Abschließend verwies er auf die Chancen all dieser Maßnahmen und signalisierte seine Zustimmung zu allen Anträgen und der Gesamtvorlage.
- Herr Panse stimmte den Aussagen seines Vorredners zu und erklärte mit dem eingereichten Antrag keine Struktur für jetzt und die Ewigkeit festzuschreiben, sondern die Möglichkeit der Umsetzung dessen bekräftigen zu wollen und den Eltern dahingehend Sicherheit zu geben. Alles Weitere für die Zukunft müsse die Schulkonferenz klären.
- Frau Prof. Dr. Aßmann nahm nochmals Bezug zu den Aussagen von Herrn Dr. Beese und Herrn Kanngießer.
- Herr Kanngießer reagierte auf die Aussage und stimmte dieser zu.
- Herr Hartmann, Ortsteilbürgermeister Hochheim, begrüßte den Antrag der Fraktion SPD zur Berichterstattung des Amtes für Bildung, es sollte vielleicht nicht immer halbjährlich erfolgen aber sei von großer Bedeutung. Abschließend bat er um Zustimmung und wies die Fraktionen darauf hin, bei weiteren anstehenden Entscheidungen ein Votum dafür abzugeben, damit der Vorschlag für Hochheim gemäß dem Schulnetzplan realisiert werden kann.

Weitere Wortmeldungen sowie Anträge lagen nicht vor. Somit erklärte der stellvertretende Stadtratsvorsitzende das Abstimmungsprozedere.

Zunächst rief er die Maßnahmekomplexe Schulnetzplan 2014/2015 bis 2018/2019 in der Fassung des Ausschusses für Bildung und Sport einschließlich des Antrages der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 0307/14) mit der Ergänzung des Antrages der Fraktionen Freie Wähler und CDU (Tischvorlage) zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit bestätigt. Anschließend wurde der Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 0234/14), mit welchem die Ursprungsdrucksache neue Beschlusspunkte 02 – 04 erhält, zur Abstimmung aufgerufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde auch dieser bestätigt. Abschließend rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Endabstimmung der Drucksache inkl. der zuvor bestätigten Änderungen und Ergänzungen auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Fortschreibung des Schulnetzes der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 wird gemäß Anlage 1 beschlossen.

02

Das Amt für Bildung erstattet dem Ausschuss für Bildung und Sport halbjährlich Bericht über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen der Schulnetzplanung 2014/2015 bis 2018/2019.

03

Den inhaltlichen Maßnahmen sind die kurz- und mittelfristigen Finanzplanungen hinzuzufügen.

04

Die Berichterstattung erfolgt zu allen Maßnahmekomplexen der Schulnetzplanung. Alle Schulen sind in geeigneter Weise zu informieren und frühzeitig zu beteiligen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 1a - d beigelegt.)

9.5.1. Antrag der SPD-Fraktion zur DS 2183/13 - Fortschreibung des Schulnetzes der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 0234/14

bestätigt Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9.5.2. **Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 2183/13 - Fortschreibung des Schulnetzes der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19** 0307/14

bestätigt Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9.5.3. **Festlegung aus der nicht öffentlichen Sitzung FLRV vom 22.01.2014 - TOP 5.5. Fortschreibung des Schulnetzes der Landeshauptstadt Erfurt für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (DS 2183/13)** 0211/14

zur Kenntnis genommen

9.6. **Wahl der Ehrenamtlichen Beigeordneten für Familie** 0245/14
Einr.: Fraktion CDU

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach der Pause aufgerufen.

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass gemäß dem Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 0245/14) Frau Margarete Hentsch zur Wahl vorgeschlagen wurde. Er fragte, ob weitere Kandidaten zur Wahl vorgeschlagen werden. Das war nicht der Fall.

Der Oberbürgermeister gab nach § 32 Absatz 1 Satz 5 der Thüringer Kommunalordnung die Vertretungsregelung zu Protokoll. Danach ist die 2. ehrenamtliche Beigeordnete die 7. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters.

Die Anzahl der anwesenden Stadtratsmitglieder wurde mit 38 festgestellt.

Zum Verfahren wurde bekannt gegeben, dass jedes Mitglied des Stadtrates eine Stimme hat. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat (§ 39 Absatz 2 ThürKO). Die erforderliche Mehrheit beläuft sich auf 20 Stimmen.

Die Wahlkommission wurde zur Aufnahme ihrer Tätigkeit nach vorn gebeten und zur Wahl aufgerufen.

Nach Abschluss der Wahlhandlung erfolgte die Auszählung der Stimmen.

Hierzu teilte Herr Gillmann, Stadtratsreferent, mit, dass noch zwei Personen dazu gekommen sind und somit die Anzahl der anwesenden Stadtratsmitglieder mit 40 festgestellt wurde. Demzufolge beläuft sich die erforderliche Mehrheit auf 21 Stimmen.

Zudem teilte er mit, dass ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0237/14 vorliegt und dieser die Drucksache um einen Beschlusspunkt 10 ergänzt. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

An der Aussprache beteiligten sich:

- Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion. Zudem erklärte er im Vorfeld das Abstimmungsverhalten: "Wenn unser Änderungsantrag hier eine Mehrheit bekommen würde, dann würden wir dem Antrag der Verwaltung mit einer wohlwollenden Enthaltung gegenüber stehen."
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erklärte, dass seine Fraktion dem Antrag der Verwaltung zustimmen werde, da sie der Meinung sind, dass beide Anträge zusammengehören. Zur Thematik der Bäume teilte er mit, dass sie dem Ansinnen der Verwaltung zustimmen werden, die Bäume zu fällen, da sonst einige der geplanten Baumaßnahmen nicht durchgeführt werden können, aber "das bitte ich im Protokoll festzuhalten, wir bitten die Verwaltung, dass die Ausgleichsmaßnahmen nach Möglichkeit in dem entsprechenden B-Plangebiet bzw. in unmittelbarer Umgebung erfolgen und nicht in Schwerborn oder Fienstedt. Insofern werden wir mit dieser Ergänzung der Vorlage zustimmen und leider ihre Bäume nicht retten können."
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, gab zu Protokoll: "Die CDU-Fraktion wird der Vorlage auch wohlwollend zustimmen." Dies begründete er mit der Tatsache, dass die Begegnungszone für die Innenstadt gewollt ist und somit alternativ Angebote am Rande der Altstadt notwendig sind. Hierzu bilde dieser B-Plan eine wichtige Voraussetzung.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hielt das Parkhaus mit rund 500 Parkplätzen mitten in der Innenstadt eine Zumutung für die Anwohner. Daraufhin stellte er den Antrag, dass alle neun Beschlusspunkte dieser Vorlage durch folgenden Satz ersetzt werden "Die Planungen für ein Parkhaus am Huttenplatz werden ersetzt durch eine Planung für einen Anwohnerpark". Diesen Antrag beantragte er abzustimmen.
- Die Nachfrage von Herrn Schwäblein wurde durch Herrn Prof. Dr. Thumfart beantwortet.
- Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., sprach sich für das Vorhaben aus, da es seiner Meinung nach die Situation vor Ort erheblich verbessere. Zudem unterstütze seine Fraktion ausdrücklich die Protokollnotiz von Herrn Dr. Warweg und werde in diesem Sinne der Vorlage zustimmen.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, bekräftigte den Inhalt der Vorlage, welcher das Sanierungsziel vor Ort und nicht nur das Parkhaus sei. Zudem verwies er auf den Beschluss zur Begegnungszone, diese ist gewollt und somit ist eine Konsequenz dessen Parkhäuser am Rande der Innenstadt zu errichten. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.
- Zu der Parkplatzsituation vor Ort, der Gestaltung des Parkhauses und der Neube-pflanzung mit Bäumen sprachen Herr Metz, Herr Warweg, Fraktion SPD, Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE. und Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Im Anschluss stellte Herr Gloria, Fraktion SPD, einen Geschäftsordnungsantrag und beantragte die Debatte schnellstmöglich zu beenden.

Auf den Hinweis des stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden ist dies gemäß Geschäftsordnung der auf Abschluss der Rednerliste. Diesem stimmte Herr Gloria zu. Somit verlas der stellvertretende Stadtratsvorsitzende die ihm vorliegende Rednerliste und ließ anschließend den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen: 5
Enthaltungen: 0

Somit wurde dieser Antrag bestätigt und es folgten noch vier Wortmeldungen.

- Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte an über die Möglichkeit nachzudenken, gemäß dem Vorschlag von Herrn Prof. Dr. Thumfart ein Park als Verbindung eines kreativen Hochschulortes mit der Stadt mit eventuell zeitgebundenen Ausstellungen zu errichten und eine Aufwertung der Umgebung dort zu schaffen.
- Frau Dr. Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, wies auf die dort ansässige Berufsschule und somit dem Bedarf an Parkmöglichkeiten hin.
- Der Oberbürgermeister ging nochmals abschließend auf das jahrelange Parkplatzproblem insbesondere im Hinblick auf die dortige Berufsschule ein und betonte die Notwendigkeit eines Parkhauses vor Ort. In der weiteren Phase sollten entsprechende Vorschläge zur Gestaltung dessen gemacht und dessen Umsetzung geprüft werden. Schließlich bat er um Zustimmung zu der Vorlage.
- Abschließend sprach sich Herr Kemmerich, fraktionslos, für das vorliegende Konzept aus und hielt diese für eine vernünftige Lösung vor Ort.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Damit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den mündlichen Antrag von Herrn Prof. Dr. Thumfart zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 36
Enthaltungen: 0

Somit wurde dieser abgelehnt. Anschließend ließ er über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0237/14), welcher die Vorlage ergänzt, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 36
Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser ebenfalls abgelehnt und es folgte die Endabstimmung über die Ursprungsdrucksache in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 0110/14).

mit Änderungen beschlossen Ja 36 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Geltungsbereich wird entsprechend der zeichnerischen Festsetzung im Entwurf des Bebauungsplanes ALT614 (Anlage 2) gegenüber dem Aufstellungsbeschluss DS 1396/10 vom 24.11.2010 (Beschluss-Nr. 1396/10) geändert.

02

Der Entwurf des Bebauungsplanes ALT614 "Am Hügel" in seiner Fassung vom 21.10.2013 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt. Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 3 BauGB wird im beschleunigten Verfahren von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 1, § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB verzichtet.

03

Der Entwurf des Bebauungsplanes ALT614 "Am Hügel" und die Begründung sind nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

04

Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

05

Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

06

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes ALT614 "Am Hügel" konkretisieren die Sanierungsziele des Sanierungsgebietes "Altstadt" (EFM 101) und werden im Geltungsbereich die entsprechenden Regelungen der "Ortsgestaltungssatzung für die Altstadt von Erfurt" verdrängen.

07

Der Flächennutzungsplan soll gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes ALT614 "Am Hügel" im Wege der Berichtigung angepasst werden.

08

Das Baulandumlegungsverfahren wird gemäß § 46 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes und darüber hinaus für folgende angrenzende Flurstücke 139/2, 139/3, 139/6 in der Gemarkung Erfurt-Mitte, Flur 123 und Teilfläche des Flurstückes 97/1 in der Flur 138 angeordnet. (Anlage 4)

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 2 a – d beigelegt.)

9.7.1. Antrag der Verwaltung zur DS 1511/12 - Bebauungsplan 0110/14
 ALT614 "Am Hügel" - Billigung des Entwurfes und öffent-
 liche Auslegung

bestätigt

9.7.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0237/14
 1511/12 - Bebauungsplan ALT614 "Am Hügel" - Billigung
 des Entwurfes und öffentliche Auslegung

abgelehnt Ja 4 Nein 36 Enthaltung 0 Befangen 0

9.8. Platznutzungskonzept 0484/13
 Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu den Vorberatungen der Drucksache gab der stellvertretende Stadtratsvorsitzende Folgendes bekannt:

- Der Stadtrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 24.04.2013 in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

- Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile hat die Vorlage am 21.05.2013 abgelehnt (Ja 2 Nein 4 Enthaltung 3 Befangen 0).

- Der Kulturausschuss hat die Drucksache am 26.06.2013 mit folgenden Änderungen bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0):

*Im Ergebnis der Diskussion verständigte man sich auf folgenden Beschlussvorschlag:
Die Stadtverwaltung erarbeitet eine Aufgabenstellung zur Vorbereitung eines externen Entwurfes zur Einholung eines Platznutzungskonzeptes. Die Erarbeitung erfolgt bis November 2013.*

- Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Vorlage am 12.11.2013 in der Fassung des Beschlusses des Kulturausschusses vom 26.06.2013 bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Zudem liegt ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 0223/14 vor. Dieser ändert die Ursprungsdrucksache.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0235/14 vor. Dieser wurde vom Einreicher zurückgezogen.

Weiterhin liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0301/14 vor. Dieser ersetzt die Ursprungsdrucksache 0484/13. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

An der Aussprache beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intension des Antrages mit der Drucksache 0301/14 und bat um Zustimmung.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und sprach seine volle Zustimmung zum vorliegenden Antrag aus.
- Herr Hutt, Fraktion CDU, hielt es für fraglich, ob ein solches Konzept wirklich notwendig sei. Seiner Meinung nach sei es sinnvoller mit den Veranstaltern, den Akteuren und den Bewohnern ein Gespräch über die Verbesserung einiger Kriterien zu führen. Somit müsse auch kein Geld für externe Prüfungen und Konzeptionen ausgegeben werden.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, begrüßte ein Platznutzungskonzept unter Einbindung der Akteure. Er gab jedoch zu Bedenken, die Erstellung der Vorstudien und des Konzeptes ein aufwendiger Prozess sei und somit der zeitlich festgelegte Rahmen bis Mai 2014 nicht zielführend sei. Demzufolge schlug er vor, den Antrag gemäß der Stellungnahme der Verwaltung das Zeitfenster unter Einbindung der erwähnten Moderation mit den Akteuren bis September 2014 zu ändern.
- Vor dem Hintergrund, dass es überhaupt ein Konzept geben wird, stimmte Herr Prof. Dr. Thumfart der Erweiterung des Zeitfensters bis September 2014 zu.
- Die Nachfrage von Herrn Schwäblein beantwortete Herr Prof. Dr. Thumfart.
- Herr Hutt, Fraktion CDU, regte nochmals den Verzicht externer Prüfungen und den damit verbundenen Ausgaben an.
- Herr Dr. Warweg nahm Bezug auf die Aussagen seines Vorredners und verwies darauf, dass die Ergebnisse danach zunächst in den Ausschuss gehen und dann entscheiden wird, wie weiter verfahren werden soll.

Weitere Wortmeldungen und Anträge gab es nicht. Somit erklärte Herr Gillmann, Stadtratsreferent zunächst das Abstimmungsverfahren und verlas nochmals den Inhalt des Antrages (Drucksache 0301/14) mit der redaktionellen Änderung "[...] Die Erarbeitung erfolgt bis zu Stadtratssitzung im September 2014."

Anschließend rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0301/14) mit der redaktionellen Änderung auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 8 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss:

Die Stadtverwaltung erarbeitet eine Aufgabenstellung zur Vorbereitung eines externen Entwurfes zur Einholung eines Platznutzungskonzeptes. Die Erarbeitung erfolgt bis zur Stadtratssitzung im September 2014.

9.8.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 0484/13 - Platznut- 0223/14
zungskonzept

Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag

9.8.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0235/14
0484/13 - Platznutzungskonzept

zurückgezogen

9.8.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0301/14
0484/13 - Platznutzungskonzept

bestätigt mit Änderungen

9.9. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT588 "Schotten- 0758/13
höfe - Wohnen an der Krämerbrücke" - Satzungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Vorlage in seiner Sitzung am 21.01.2014 in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 0013/14) einstimmig bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 3 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Abwägung (Anlage 5) zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen; das Abwägungsergebnis mit Begründung ist Bestandteil des Beschlusses. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einreichern von Stellungnahmen nach § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB das Abwägungsergebnis mitzuteilen.

02

Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 83 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und § 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO), beschließt der Stadtrat Erfurt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Innenentwicklung, gemäß § 13a BauGB, ALT588 "Schottenhöfe - Wohnen an der Krämerbrücke", bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 2 - M 1: 500) mit den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen in seiner Fassung vom 02.01.2014, mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3) als Satzung.

03

Die Begründung (Anlage 4) zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan ALT588 "Schottenhöfe - Wohnen an der Krämerbrücke" wird gebilligt.

04

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan gemäß § 21 Abs. 3 Satz 1 ThürKO der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

Die Satzung ist gemäß § 21 Abs. 3 Satz 2 ThürKO frühestens nach Ablauf eines Monats ortsüblich bekanntzumachen, sofern die Rechtsaufsichtsbehörde die Satzung nicht beanstandet.

Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 3 a – e beigelegt.)

9.9.1. Änderungsantrag der Verwaltung zur DS 0758/13 - Vor- 0013/14
 habenbezogener Bebauungsplan ALT588 "Schottenhöfe -
 Wohnen an der Krämerbrücke" - Satzungsbeschluss

bestätigt

9.10. Bebauungsplan ALT624 "Neuerbe / Meyfartstraße" - Be- 1180/13
 schluss über die Billigung und öffentliche Auslegung des
 Entwurfes
 Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Vorlage am 21.01.2014 einstimmig bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 3 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Entwurf des Bebauungsplanes ALT624 "Neuerbe / Meyfahrtstraße" in seiner Fassung vom 02.01.2014 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) werden gebilligt.

Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt. Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BauGB wird im beschleunigten Verfahren von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB verzichtet.

02

Der Entwurf des Bebauungsplanes ALT624 "Neuerbe / Meyfahrtstraße" und die Begründung sind nach § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

03

Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

04

Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind gemäß § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

05

Die Verwaltung wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB beauftragt, den Flächennutzungsplan im Wege der Berichtigung anzupassen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 4 a – c beigelegt.)

9.11. Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

1399/13

vertagt

9.11.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1399/13 - Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung 0231/14

vertagt

9.11.2. Antrag der Verwaltung zur DS 1399/13 - Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung 0308/14

vertagt

9.12. Erneute Beratung der Benutzungs- und Entgeltordnung zur kurzzeitigen Überlassung von Räumen und Flächen der Landeshauptstadt Erfurt (DS 0041/13)
Einr.: Fraktion CDU 1466/13

vertagt

9.12.1. Antrag der Fraktion CDU zur DS 1466/13 - Erneute Beratung der Benutzungs- und Entgeltordnung zur kurzzeitigen Überlassung von Räumen und Flächen der Landeshauptstadt Erfurt (DS 0041/13) 1626/13

vertagt

9.13. Standortprüfung für die Errichtung eines Reisemobilhafens in Erfurt 1781/13
Einr.: Fraktion CDU

vertagt

9.14. Flächenentsiegelung im Stadtgebiet 1782/13
Einr.: Fraktion SPD

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat hat die Vorlage am 09.10.2013 in den Ausschuss verwiesen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Vorlage in seiner Sitzung am 12.11.2013 bestätigt (Ja 5 Nein 1 Enthaltung 5 Befangen 0) und der Stadtrat hat die Drucksache am 18.12.2013 vertagt.

Zudem gab er bekannt, dass ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 2309/13 vorliegt und dieser den Beschlusspunkt 01 der Ursprungsdrucksache ändert. Zu diesem liegt die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Zur Vorlage sprachen:

- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion und betonte die hohe Bedeutung der Thematik. Zudem erklärte er, dass seine Fraktion den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. übernehmen werde.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, hielt den vorliegenden Antrag für entbehrlich, da die Thematik der Ver- und Entsiegelung schon in mehreren Anträgen zuvor geregelt werde. Seiner Meinung nach werde schon genug entsiegelt.
- Herr Dr. Warweg widersprach den Aussagen seines Vorredners, da noch zu viel versiegelt werde. Diesem wollen sie aktiv entgegensteuern.
- Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion und widersprach den Aussagen von Herrn Kallenbach.
- Hierauf reagierte Herr Kallenbach und hinterfragte die Finanzierung eines Entsiegelungsprogrammes.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Ursprungsdrucksache inkl. des Antrages der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 2309/13) auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 32 Nein 8 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, bei zukünftigen Baumaßnahmen die neu zu versiegelnden Flächen und die im Zuge der Maßnahme entsiegelten Flächen in der Drucksache anzugeben.

Dieser "Entsiegelungssaldo" ist den Entscheidungsgremien im Rahmen der Beratungen auch für alle unterschiedliche Varianten einer Baumaßnahme zu benennen.

02

Die Verwaltung wird gebeten, bei zukünftigen Baumaßnahmen, stärker der Flächenversiegelung entgegenzuwirken und die klassische Versiegelung durch gleichwertige alternative Baustoffe wie Porenpflaster, Rasengitter, etc. zu ersetzen.

03

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die klassische Flächenentsiegelung mit Umnutzungsmaßnahmen (Radwege etc.) kombiniert werden können.

9.14.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 1782/13 - Flächenentsiegelung im Stadtgebiet 2309/13

bestätigt

9.15. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV574 "An der Martinikirche" - Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung 1791/13
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab zur Vorberatung der Drucksache Folgendes bekannt:

- Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Vorlage am 10.12.2013 und der Stadtrat am 18.12.2013 vertagt.

- Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Vorlage in seiner Sitzung am 21.01.2014 in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 0122/14) bestätigt (Ja 7 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0).

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0236/14 vor. Dieser wurde vom Eireicher zurückgezogen.

Es liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0302/14 vor. Dieser ändert die Anlage 2 der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0320/14), welcher die Anlage 2 der Ursprungsdrucksache ändert, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 32
Enthaltungen: 3

Damit wurde dieser abgelehnt. Anschließend ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die Drucksache in Fassung des Antrages der Verwaltung (Drucksache 0122/14) abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 36 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Entwurf des Bebauungsplanes ILV574 "An der Martinikirche" in seiner Fassung vom 09.01.2014 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) sowie die Zwischenabwägung (Anlage 4) werden gebilligt.

Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt.

Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird im beschleunigten Verfahren von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

02

Der Entwurf des Bebauungsplanes ILV574 "An der Martinikirche" und die Begründung sind nach § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

03

Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

04

Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr.2 und § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 5 a – d beigelegt.)

9.15.1. Antrag der Verwaltung zur DS 1791/13 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV574 "An der Martinikirche" 0122/14

bestätigt

9.15.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 1791/13 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV574 "An der Martinikirche" - Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung 0236/14

zurückgezogen

9.15.3. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0302/14**
 1791/13 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan ILV574
 "An der Martinikirche" - Billigung des Entwurfs und öf-
 fentliche Auslegung

abgelehnt Ja 5 Nein 32 Enthaltung 3 Befangen 0

9.16. **Nahverkehrsplan 2014 - 2018 der Landeshauptstadt Er- 2025/13**
 furt
 Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab zu der Vorlage folgende Vorberatungsergebnisse bekannt:

- Der Bau- und Verkehrsausschuss hat die Vorlage am 16.01.2014 einstimmig bestätigt (Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).
- Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile bestätigt die Vorlage am 21.01.2014 einstimmig (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).
- Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigt die Vorlage am 21.01.2014 ebenfalls einstimmig (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Folgende Personen sprachen zur Vorlage:

Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.,
Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Herr Kallenbach, Fraktion CDU,
Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD und
Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler.

Sie befürworteten alle den nun vorliegenden Nahverkehrsplan und sprachen ihren Dank gegenüber den beteiligten Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der EVAG aus.

Herr Kemmerich, fraktionslos, kritisierte, dass im vorliegenden Plan unter anderem die Ansätze für das Jahr 2018 fehlten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Nahverkehrsplan 2014 - 2018 (Anlage 1) der Landeshauptstadt Erfurt wird bestätigt.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den bestätigten Nahverkehrsplan 2014 - 2018 nach Beschlussfassung durch den Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt an das Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr zu übergeben.

03

Für den ÖPNV notwendige Investitionen in Verantwortung der Landeshauptstadt Erfurt sind vorbehaltlich der haushalterischen Voraussetzungen über die Laufzeit des Nahverkehrsplanes in den städtischen Haushalt einzuordnen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.)

Im Anschluss an die Abstimmung bat der stellvertretende Stadtratsvorsitzende die Fraktionsvorsitzenden nach vorn um den weiteren Ablauf der Stadtratssitzung zu besprechen. Es wurde sich auf Grund der entsprechend erfolgten Einladung interfraktionell darauf geeinigt die Sitzung gemäß der Tagesordnung bis zum Ende fortzuführen.

9.17. Entscheidung zu einem Antrag auf Einleitung eines Bauleitplanverfahrens für die Errichtung von 13 Einfamilienhäuser in Erfurt-Dittelstedt 2125/13
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Dittelstedt die Vorlage in seiner Sitzung am 20.01.2014 bestätigt hat (Ja 4 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Vorlage am 21.01.2014 ebenfalls (Ja 7 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0).

Zudem teilte er mit, dass ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 0221/14 vorliegt und dieser den Beschlusspunkt 01 der Ursprungsdrucksache ersetzt. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, zog den Antrag seiner Fraktion zurück. Weiterhin erläuterte er seine Sichtweise zur Thematik. Nach Meinung seiner Fraktion sei die Möglichkeit für 13 Einfamilienhäuser am dortigen Standort gegeben, da auf Grund des begrenzten Umfangs keine weitere Entwicklung im Ort notwendig sei. Seiner Meinung nach sei die Bebauung dort sinnvoll und daher werde seine Fraktion die Vorlage, welche die Ablehnung der Bebauung bedeutet, ablehnen.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, verwies auf das Votum des Ortsteilrates. Seine Fraktion lege Wert auf dieses Votum und werde dem Vorschlag der Verwaltung folgen und somit der Vorlage zustimmen.

Herr Hagemann, Ortsteilbürgermeister Dittelstedt, schilderte die Situation vor Ort und wies darauf hin, dass für die Umsetzung des Vorhabens noch vieles weitere gemacht werden müsse. Daher habe der Ortsteilrat dieser Vorlage zugestimmt.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 31 Nein 9 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 BauGB vom 06.02.2013 für das Vorhaben Wohngebiet "Am Steinbiel" in Erfurt-Dittelstedt wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB abgelehnt.

02

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Antragsteller die Entscheidung des Stadtrates einschließlich Begründung mitzuteilen

9.17.1. Antrag der CDU-Fraktion zur DS 2125/13 - Entscheidung zu einem Antrag auf Einleitung eines Bauleitplanverfahrens für die Errichtung von 13 Einfamilienhäusern in Erfurt-Dittelstedt 0221/14

zurückgezogen

**9.18. Schenkungsvertrag Renau-Mosaik 2143/13
Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

vertagt

**9.18.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 2143/13 2418/13
- Schenkungsvertrag Renau Mosaik**

vertagt

9.19. Freier Eintritt für Gästeführer
Einr.: Fraktion Freie Wähler, Fraktion CDU

2188/13

Zu dieser Vorlage gab der Stadtratsvorsitzende bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt und der Stadtrat die Vorlage in seiner Sitzung am 18.12.2013 vertagt hat.

Herr Hutt, Fraktion CDU, erläuterte die Intension des Antrages und warb um Zustimmung.

Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., sprach sich gegen den Antrag aus, da es bereits an einigen Tagen die Möglichkeit für kostenfreien Eintritt gibt

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

abgelehnt Ja 11 Nein 29 Enthaltung 0 Befangen 0

9.20. Bebauungsplan JOV585 "Wohnen auf dem Johannesfeld - Teilbereich A" - Billigung des Entwurfes und öffentliche Auslegung
Einr.: Oberbürgermeister

2291/13

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Vorlage in seiner Sitzung am 21.01.2014 einstimmig bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 3 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Entwurf des Bebauungsplanes JOV585 "Wohnen auf dem Johannesfeld - Teilbereich A" in seiner Fassung vom 22.11.2013 (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) sowie die Abwägung der bereits vorliegenden Stellungnahmen (Anlage 4) werden gebilligt.

02

Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt.

Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird im beschleunigten Verfahren von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

03

Der Entwurf des Bebauungsplanes JOV585 "Wohnen auf dem Johannesfeld - Teilbereich A" und die Begründung sind nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

04

Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, sind gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

05

Zeitpunkt, Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

06

Die Verwaltung wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB beauftragt, den Flächennutzungsplan im Wege der Berichtigung anzupassen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 7 a – d beigelegt.)

- 9.21. VS020 - Satzungsbeschluss über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes MAR071 "Gebiet zwischen Schwarzburger Straße / B4 und geplanter Straßenanbindung B4 (Gefahrenschutzzentrum)" 2322/13

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Marbach die Drucksache am 15.01.2014 zur Kenntnis genommen und der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Vorlage in seiner Sitzung am 21.01.2014 einstimmig bestätigt hat (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 3 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Beschluss Nr. 2294/12 vom 23.01.2013 über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre VS020 für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes MAR071 „Gebiet zwischen Schwarzburger Straße / B4 und geplanter Straßenanbindung B4 (Gefahrenschutzzentrum)“ wird aufgehoben.

02

Auf Grund von § 14 Abs. 1, § 16 Abs. 1 i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 1, 2 und 3 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 83 Abs. 2 Thüringer Bauordnung (ThürBO) und §§ 19 Abs. 1 Satz 1, 2 Abs. 1 und 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO), beschließt der Stadtrat Erfurt die Satzung über die 1. Verlängerung der am 22.06.2012 in Kraft getretenen Veränderungssperre für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes MAR071 „Gebiet zwischen Schwarzburger Straße / B4 und geplanter Straßenanbindung B4 (Gefahrenschutzzentrum)“ - VS020 um ein Jahr. Der beiliegende Satzungstext (Anlage 3) über die Veränderungssperre und der Lageplan im Maßstab 1: 1000 (Anlage 2), sind Bestandteil des Beschlusses.

03

Die Satzung über die 1. Verlängerung der Veränderungssperre ist im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt ortsüblich bekannt zu machen.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 8 a – c beigelegt.)

9.22. Lärmaktionsplan

2356/13

Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt und die Vorlage ohne Vorberatung behandelt wird.

Zudem liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0304/14 vor. Dieser ändert den Beschlusspunkt 01 der Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Weiterhin lag von der Fraktion DIE LINKE. ein Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vor.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intension des Antrages und die hohe Bedeutung dessen für den Gesundheitsschutz. Er warb um Zustimmung.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, hielt die Variante des Beschlusspunktes 01 der Ursprungsdrucksache für konsequenter. Zudem sprach er sich ebenfalls für eine Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Abschließend erläuterte der Oberbürgermeister die Problematik der Einhaltung der Richtwerte in Bezug auf Bauleitplanungen und bat darum, dieses zunächst im Ausschuss zu beraten.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Damit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende den weitest gehenden Antrag, den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 1

Somit wurde dieser bestätigt und die Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

9.22.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS 0304/14
2356/13 - Lärmaktionsplan

Verwiesen in Ausschuss

9.23. Kündigung des "Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich Stadt Erfurt" 2426/13
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile die Vorlage am 21.01.2014 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) und der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 22.01.2014 ebenfalls einstimmig abgestimmt hat (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung zu TOP 3 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Kündigung des Vertrages über die Durchführung und Vergütung des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich der Stadt Erfurt zu und ermächtigt den Oberbürgermeister, die Kündigung zu unterzeichnen.

9.24. Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung von Grundstücken 2454/13
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Hochheim die Vorlage in seiner Sitzung am 20.01.2014 bestätigte (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)

und der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben die Drucksache am 22.01.2014 ebenfalls bestätigte (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Stadtrat beschließt die Veräußerung der in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke mindestens zum Verkehrswert nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung und erklärt die Belastungsvollmacht für noch aufzunehmende Grundschulden zur Finanzierung der Kaufpreise und der Investitionen für diese Grundstücke. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung von Erbbaurechten mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

02

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die im Beschlusspunkt 01 genannten Festlegungen umzusetzen.

03

Der Beschluss des Stadtrates Nr. 0680/13 lfd. Nr. 4 der Anlage 1 vom 12.06.2013 zum Grundstück Ulan-Bator-Straße 76/77 (öffentliche Ausschreibung) wird aufgehoben.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 9 beigefügt.)

9.25. Sittenwidrige Löhne bekämpfen
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

0014/14

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zudem lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung vor.

Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., beantragte die Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die Verweisung abstimmen. Die Verweisung wurde einstimmig bestätigt und die Vorlage somit in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

**9.26. Berufung des Wahlleiters und des stellvertretenden
Wahlleiters der Landeshauptstadt Erfurt für die Kommunalwahl am 25. Mai 2014
Einr.: Oberbürgermeister** **0035/14**

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss die Vorlage am 28.01.2014 zunächst vertagt hat und in der Sitzung am 11.02.2014 einstimmig bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mit sofortiger Wirkung die Berufung des Leiters der Abteilung Statistik und Wahlen im Personal- und Organisationsamt, Herrn Rainer Schönheit, zum Wahlleiter und des Sachbearbeiters in der Abteilung Statistik und Wahlen im Personal- und Organisationsamt, Herrn Norman Bulenda, zum stellvertretenden Wahlleiter für die Kommunalwahlen 2014 in der Landeshauptstadt Erfurt.

**9.27. Mandatswechsel und Stellvertreterregelung in den Ausschüssen
Einr.: Fraktion CDU** **0058/14**

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zudem liegt ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 0186/14 vor. Dieser ergänzt den Ursprungsantrag.

Wortmeldungen gab es nicht. Damit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 0186/14) auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Die Neuregelung der Ausschussbesetzung wird, wie folgt, beschlossen:

Als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird

**bisher: Andreas Huck neu: Thomas Pfistner
bestätigt.**

Als 1. Stellvertreter für Thomas Pfistner im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird

bisher: Thomas Pfistner neu: Margarete Hentsch
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Heiko Vothknecht im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird

bisher: Thomas Pfistner neu: Jörg Kallenbach
bestätigt.

Als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird

bisher: Thomas Pfistner neu: Rainer Blasse
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Michael Panse im Hauptausschuss wird

bisher: Andreas Huck neu: Heiko Vothknecht
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Jörg Kallenbach im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wird

bisher: Andreas Huck neu: Margarete Hentsch
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Rowald Staufenbiel im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wird

bisher: Andreas Huck neu: Rainer Blasse
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Jörg Schwäblein im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen wird

bisher: Andreas Huck neu: Heiko Vothknecht
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Sandra Tyroller im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen wird

bisher: Andreas Huck neu: Rainer Blasse
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Thomas Hutt im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile wird

bisher: Andreas Huck neu: Rainer Blasse
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Uwe Richter im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile wird

bisher: Andreas Huck neu: Sandra Tyroller
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Thomas Hutt im Kulturausschuss wird

bisher: Andreas Huck neu: Uwe Richter
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Margarete Hentsch im Kulturausschuss wird
bisher: Andreas Huck neu: Rainer Blasse
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Michael Panse im Ausschuss für Bildung und Sport wird
bisher: Andreas Huck neu: Sandra Tyroller
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Uwe Richter im Ausschuss für Bildung und Sport wird
bisher: Andreas Huck neu: Rainer Blasse
bestätigt.

Als 2. Stellvertreter für Thomas Pfistner im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird
bisher: Uwe Richter neu: Uwe Richter
bestätigt.

Als 3. Stellvertreter für Thomas Pfistner im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird
bisher: Michael Panse neu: Michael Panse
bestätigt.

Als 4. Stellvertreter für Thomas Pfistner im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird
bisher: Rowald Staufenberg neu: Rowald Staufenberg
bestätigt.

9.27.1. Antrag der Fraktion CDU zur DS 0058/14 - Mandatswechsel und Stellvertreterregelung in den Ausschüssen 0186/14

bestätigt

9.28. Neuregelung Berechtigung zur Akteneinsicht für Stadtratsmitglieder gem. § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse (1449/09) 0060/14
Einr.: Fraktion CDU

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass diese Vorlage ohne Vorberatung behandelt wird.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, rief er die Drucksache zur Abstimmung auf.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Für das Dezernat 02 ist akteneinsichtsberechtigt
alt: Andreas Huck
neu: Heiko Vothknecht

Stellvertreter alt: Heiko Vothknecht
Stellvertreter neu: Thomas Pfistner

Für das Dezernat 03 ist akteneinsichtsberechtigt
Stellvertreter alt: Margarete Hentsch
Stellvertreter neu: Uwe Richter

Für das Dezernat 05 ist akteneinsichtsberechtigt
alt: Thomas Pfistner
neu: Margarete Hentsch

9.29. IBA und BUGA
Einr.: Fraktion SPD

0138/14

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0241/14 vor. Dieser ergänzt die Ursprungsvorlage. Zu diesem liegen die Stellungnahmen der Verwaltung den Fraktionen und fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte die Intension des Antrages und erklärte, dass seine Fraktion den Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0241/14) übernehmen werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die Ursprungsdrucksache inkl. des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0241/14) abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, die Konzepte der BUGA 21 und der Internationalen Bauausstellung in Thüringen 2023 (IBA) auf mögliche Synergien zu prüfen. Wenn möglich ist für einzelne Projekte eine Zusammenarbeit anzustreben.

Hier ist insbesondere die Möglichkeit der Aufnahme der Entwicklung der Defensionskaserne auf dem Petersberg als gemeinsames Projekt zu prüfen.

Die Verwaltung gibt zusammen mit der Geschäftsführung der BUGA GmbH dem Stadtrat im Herbst 2014 einen Bericht zum Sachstand.

9.29.1. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur DS** **0241/14**
 0138/14 - IBA und BUGA

bestätigt

9.30. **Weiterentwicklung Parkraumkonzept** **0140/14**
 Einr.: Fraktion SPD

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Zudem wurde von der Fraktion DIE LINKE. die Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beantragt.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, beantragte die Verweisung der Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über die Verweisung abstimmen. Die Verweisung wurde einstimmig bestätigt und die Vorlage somit in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

9.31. **Parkraumbewirtschaftung durch Dritte** **0141/14**
 Einr.: Fraktion SPD

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt und die Vorlage ohne Vorberatung behandelt wird.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte kurz die Intension des Antrages und beantragte eine Verweisung der Vorlage zur Vorberatung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ der stellvertretende Stadtratsvorsitzende über den Antrag auf Verweisung abstimmen. Dieser wurde einstimmig bestätigt und die Vorlage somit in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

9.32. Benennung von Straßen bzw. Plätzen
Einr.: Fraktion DIE LINKE., Fraktion SPD, Fraktion CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Freie Wähler

0142/14

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vorliegt und die Vorlage ohne Vorberatung behandelt wird.

Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., erläuterte die Intension des Antrages und warb um Zustimmung.

Herr Hutt, Fraktion CDU, regte an, nach der üblichen Verfahrensweise vorzugehen und die Vorlage von der Straßennahmen-Kommission bestätigen und durch den Kulturausschuss beschließen zu lassen.

Zu diesem erhob sich kein Widerspruch.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief der stellvertretende Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Grundsatzbeschluss:

Der Platz an der neuen Synagoge - Karthäuserstraße/Juri-Gagarin-Ring/Stirnseite der Wohnscheibe Juri-Gagarin-Ring Nr. 18 - wird künftig als Max-Cars-Platz bezeichnet; die Synagoge bekommt die Hausnummer 1.

10. Informationen

10.1. Stadionumbau aus Städtebaufördermitteln prüfen
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

0232/14

Hierzu erläuterte Herr Blechschmidt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., die Intension der Informationsaufforderung und bat den Oberbürgermeister um eine Reflexion zum aktuellen Stand des Verfahrens.

Der Oberbürgermeister erklärte, dass es theoretisch möglich sei mit Städtebaufördermitteln ein Stadion zu finanzieren. Jedoch ist dies praktisch laut einer Stellungnahme des Bauministeriums nicht möglich, da es zu keiner Zeit geplant war und ist, Städtebaufördermittel für eine Stadionsanierung auszugeben. Weiterhin nahm er Bezug auf ein Gespräch mit dem Thüringer Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Herrn Carius, in dem dieser sagte, dass er sich vorstellen könne ein Stadion aus anderem Mittel zu finanzieren, er jedoch dazu momentan keine rechtsverbindliche Zusage treffen könne. Somit

müssten diese Mittel zunächst im Haushalt 2015 ff. verankert werden. Demzufolge könne der Freistaat Thüringen lediglich eine Absichtserklärung über einen ungefähren Betrag zur Stadionsanierung abgeben, aber einen rechtsverbindlichen Bescheid könne Erfurt frühestens Anfang nächsten Jahres erhalten, wenn dies im Sinne des Landtages wäre.

Daraufhin fragte Herr Blechschmidt welche Konsequenz diese Aussagen für den weiteren Verlauf der Multifunktionsarena haben.

Darauf verwies der Oberbürgermeister auf das bereits sehr weit fortgeschrittene Verfahren und erklärte, dass die Verwaltung das Verfahren weiter voran treibe und somit auf der Grundlage des vorliegenden rechtsverbindlichen Bescheides weiter vorgehe und dementsprechend in den nächsten Wochen und Monaten Vorlagen dazu bringe.

zur Kenntnis genommen

10.2. Besuch einer Multifunktionsarena Einr.: Fraktion SPD

0239/14

Der stellvertretende Stadtratsvorsitzende teilte mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, regte an sich eine aktive Multifunktionsarena anzuschauen bzw. im Internet unter www.stadionbetreiber.de zu recherchieren.

zur Kenntnis genommen

10.3. Sonstige Informationen

Weitere Informationen gab es nicht. Somit beendete der stellvertretende Stadtratsvorsitzende die Sitzung des Stadtrates.

Vothknecht
stellv. Stadtratsvorsitzender


Schriftführer/in